

Helmut Kohls großer Erfolg in Moskau:

# Der Weg zur Einheit ist frei

*Adressen  
22*

Bundeskanzler Helmut Kohl sieht keine Hindernisse mehr für die deutsche Einheit noch in diesem Jahr. Vor der Bonner Pressekonferenz sprach der Kanzler von einem „Durchbruch“ nach seinen Gesprächen mit Generalsekretär Gorbatschow. Alle Probleme und äußeren Aspekte auf dem Weg zur deutschen Einheit seien gelöst. Die Erklärung des Kanzlers vor der Bundespressekonferenz hat folgenden Wortlaut:

Ich möchte heute unmittelbar nach dem Abschluß einer Serie wichtiger Gipfelbegegnungen — ich nenne den Europäischen Rat in Dublin, den NATO-Gipfel in London, den Weltwirtschaftsgipfel in Houston sowie mein Treffen mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow — eine Bilanz ziehen der ersten sechs Monate dieses Jahres und, soweit dies möglich ist, die Perspektiven der weiteren Arbeit bis zum Ende dieses Jahres aus der Sicht der Bundesregierung erläutern.

Die Entwicklung der vergangenen sechs Monate und die Ergebnisse der Gipfelbegegnungen geben mir die Zuversicht, daß wir in diesem Jahr eine neue Seite der deutschen und auch der europäischen Geschichte aufschlagen können:

- durch die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands,
  - durch erhebliche Fortschritte in der europäischen Integration,
- (Fortsetzung auf der nächsten Seite)

## HEUTE AKTUELL

### ● Volker Rühle

Helmut Kohls Besuch in Moskau hat Ergebnisse von großer Tragweite erbracht. Seite 3

### ● Pressestimmen

Kohls großer Erfolg/Die Welt staunt über Kohl. Seite 8

### ● Staatsvertrag

Lothar de Maizière: Laßt uns mutig anfangen. Seite 9

### ● SPD

Alfred Dregger: Zwei Jahrzehnte lag die SPD gegenüber der roten Diktatur auf Anerkennungskurs. Seite 27

### ● Sommeraktionen

Volker Rühle: Wir freuen uns auf Deutschland. Seite 29

### ● Öffentlichkeitsarbeit

Das Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel. Rosa Teil

### ● Dokumentation

Keine Macht den Drogen. Grüner Teil



(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

● durch die Erarbeitung der tragenden Elemente einer dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung und damit eines neuen Verhältnisses partnerschaftlicher Zusammenarbeit in Frieden und Freiheit zum Wohle aller Bürger.

Dank intensiver und vertrauensvoller Gespräche und Konsultationen auf allen Ebenen, die auch in ihrer Dichte und Häufigkeit beispiellos waren, können wir heute von einem Durchbruch auf dem Wege zur Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit sprechen und zudem die Konturen einer künftigen europäischen Architektur klar erkennen.

Hierzu hat entscheidend beigetragen, daß wir Deutsche unseren Weg zur Einheit immer auch im klaren Bewußtsein unserer nationalen und europäischen Pflichten gehen werden und so gesehen haben.

Wir haben von Anfang an darauf geachtet, daß der Prozeß zur Einheit in einem stabilen europäischen Rahmen eingebettet wird. Deutsche Einheit und europäische Einheit sind unauflöslich miteinander verbunden. Deutsche Politik kann nicht gegen, sondern vernünftigerweise nur mit unseren Partnern und Nachbarn vorstellbar und auch erfolgversprechend sein.

Daher von Anfang an engste Abstimmung im Rahmen der EG und der NATO. Daher auch die immer wieder von mir vorgetragene klare Absage an einen nationalen Alleingang oder an einen deutschen Sonderweg!

Daher von Anfang an das uneingeschränkte Ja zum festen Bündnis mit den freiheitlichen Demokratien Europas und Nordamerikas und zur zunehmenden Integration in der Europäischen Gemeinschaft.

Diese Ausrichtung wird auch in Zukunft Leitlinie meiner Politik sein.

Ich glaube, wir haben guten Grund — ich selbst vor allem — dankbar zu sein:

● denen, die geholfen haben; das sind vor allem die Menschen in unserem Vaterland, vor allem unsere Landsleute in der DDR;

● den drei Verbündeten, die besondere Verantwortung tragen für Berlin und Deutschland als Ganzes, insbesondere unseren amerikanischen Freunden und hier allen voran Präsident Bush;

● der EG-Kommission und deren Präsidenten Jacques Delors;

● der Weitsicht und dem Realitätssinn von Präsident Gorbatschow;

● mit einem Wort: unseren Verbündeten und Nachbarn in West und Ost, die von Anfang an Verständnis und Vertrauen bewiesen haben.

Vor sechs Monaten habe ich Ihnen von dieser Stelle aus die Grundlagen der Politik der von mir geführten Bundesregierung in diesem historischen Prozeß erläutert. Alle diese Grundlagen sind unverändert gültig, und sie haben auch ihren Niederschlag in den Ergebnissen der Gipfeltreffen gefunden.

**Erstens:** Es liegt im Interesse von ganz Europa, daß sich die Europäische Gemeinschaft als Modell des Zusammenschlusses freier Völker, als Kern der künftigen europäischen Friedensordnung entschlossen fortentwickelt. Nur so ist sie in der Lage, ganz Europa den notwendigen Halt zu verleihen.

**Zweitens:** Wir brauchen weitere substantielle Fortschritte in Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Der NATO-Gipfel in London — das war deutlich in den Gesprächen mit Präsident Gorbatschow — hat hierfür klare, weitreichende Signale verabschiedet, die vor allem auch in Moskau verstanden wurden.



## Ein Ergebnis von historischer Tragweite

**Der Besuch von Bundeskanzler Kohl in der Sowjetunion stellt einen neuen Höhepunkt in den deutsch-sowjetischen Beziehungen dar und hat Ergebnisse von historischer Tragweite erbracht, erklärt Volker Rühle. Der Wiedervereinigung Deutschlands in voller Souveränität bis Ende des Jahres steht nichts mehr im Wege. Das neue Europa hat konkrete Gestalt gewonnen.**

Deutschland wird zum Zeitpunkt seiner Vereinigung uneingeschränkt souverän sein. Es entscheidet frei über seine Bündniszugehörigkeit. Die sowjetischen Truppen werden das Gebiet der heutigen DDR verlassen.

Der Besuch von Bundeskanzler Kohl hat neue Perspektiven eröffnet für die europäische Friedensordnung. Mit der

Zusage Bundeskanzler Kohls, die Zahl der gesamtdeutschen Streitkräfte auf 370 000 Mann zu begrenzen, hat er für die Zwei-Plus-Vier-Gespräche und die Abrüstungsverhandlungen in Wien einen entscheidenden Fortschritt erbracht.

Mit diesem Treffen wurde der Grundstein dafür gelegt, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf eine neue, dauerhafte, friedliche und vertrauensvolle Grundlage gestellt werden, von der alle Staaten in Europa Vorteile haben werden.

Die CDU Deutschlands beglückwünscht den Bundeskanzler, den Bundesaußenminister, den Bundesfinanzminister und die deutsche Delegation zu dieser historischen Einigung für Deutschland und das neue Europa.

Das westliche Bündnis gestaltet sich um, ändert seine Strategie und Struktur und nimmt zu den Staaten des Warschauer Paktes Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit auf. Eine gemeinsame Gewaltverzichtserklärung wird dies besiegeln.

**Drittens:** Unsere Politik muß darauf gerichtet sein, daß sich die in der Sowjetunion und in den Ländern Mittel- und Südosteuropas eingeleiteten Reformen in stabilen Bahnen entwickeln und zum Erfolg geführt werden können.

Bereits im letzten Jahr sind wichtige Schritte zur Unterstützung der Reformen in Polen und Ungarn angelaufen, in diesem Jahr ist die Hilfe für weitere Länder hinzugekommen. Wesentlich ist gleichermaßen die Einigkeit unter den westlichen Partnern, daß es auch notwendig ist, die

Sowjetunion in diese Maßnahmen einzu beziehen.

Wenn wir heute auf Grund der Gipfeltreffen der letzten vier Wochen von einem Durchbruch sprechen können und mehr und mehr die Konturen des künftigen Europa vor uns sehen, wissen wir auch, daß noch ein schwieriger, ein arbeitsreicher Weg vor uns liegt.

## Deutschlandpolitik

Seit zwei Wochen sind die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR wieder ohne trennende Grenzen unauflöslich miteinander verbunden: Das Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Einheit. Dieser Schritt ist auch überall in der Welt so verstanden worden.



Die Währungsumstellung in der DDR ist nicht zuletzt dank der vorzüglichen Vorarbeit aller beteiligten Stellen reibungslos, ja besser als von vielen Zweiflern erwartet, verlaufen. In der DDR ist eine Fülle von Gesetzen in Kraft getreten, die die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft schaffen sollen.

Jeder weiß, daß die völlige Umgestaltung der Lebensverhältnisse in der DDR besonders in der Anfangszeit zum Teil erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringt. Es wird viel Arbeit erfordern, bis wir Wohlstand und sozialen Ausgleich für alle Deutschen verwirklicht haben. Niemandem werden aber gerade in dieser Übergangszeit unbillige Härten zugemutet. Und wir haben alle Chancen, in einer relativ kurzen Zeit unser Ziel zu erreichen.

## Ergebnisse der Gespräche mit Präsident Gorbatschow

Ich bin, wie Sie wissen — viele von Ihnen waren ja mit dabei —, gestern von meiner zweiten Reise in die Sowjetunion in diesem Jahr zurückgekehrt. Bei meinem ersten Besuch im Februar konnte ich berichten, daß wir Deutsche seitens der sowjetischen Führung „grünes Licht“ für unseren Weg zur Einheit haben, daß wir auch über ihre Form, Frist und Bedingungen selbst entscheiden können.

**Heute kann ich die für alle Deutschen gute Nachricht mitbringen, daß nunmehr auch über alle äußeren Aspekte zwischen uns und der Sowjetunion Einigkeit erzielt ist.**

Wir wollen zukunftsgerichtete Verträge, umfassende Zusammenarbeit, Vertrauen und nicht zuletzt die breite Begegnung unserer Völker, insbesondere der jungen Generation.

Wir wollen damit zugleich unseren Beitrag leisten für eine dauerhafte und friedliche Entwicklung in Europa.

## Helmut Kohl kletterte auf 61 Prozent

Noch nie war Helmut Kohl so beliebt wie jetzt: 61 Prozent der Bundesbürger sprechen sich für ihn als Kanzler aus. Das sind fünf Prozent mehr als vor einer Woche, ermittelte Infas (800 Befragte). Das Ansehen Oskar Lafontaines sank im selben Zeitraum von 37 auf 33 Prozent.

Dies alles wird Leitmotiv — und darin bin ich mit Präsident Gorbatschow einig — eines umfassenden **Kooperationsvertrages** des vereinten Deutschland mit der Sowjetunion sein, der so bald wie möglich nach der Vereinigung abgeschlossen sein wird.

Dieser Vertrag wird geschlossen auf der festen Grundlage und im beiderseitigen klaren Verständnis, daß mit der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit als auch mit der festen Verankerung im Westen ein unerläßlicher Beitrag der Stabilität in der Mitte Europas und darüber hinaus geleistet wird.

Auf der Grundlage dieser — wie auch Präsident Gorbatschow sagte — gemeinsamen Philosophie haben wir die praktischen Probleme, die auf dem Weg zur deutschen Einheit noch vor uns liegen, gelöst.

Ich will noch einmal die wichtigsten Punkte hier aufführen.

### Erstens:

Die Einigung Deutschlands umfaßt die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und ganz Berlin.

### Zweitens:

Mit der Herstellung der Einheit Deutschlands werden die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin been-



det. Das vereinte Deutschland erhält zum Zeitpunkt seiner Vereinigung seine volle und uneingeschränkte Souveränität.

**Drittens:**

Das geeinte Deutschland kann in Ausübung seiner vollen und uneingeschränkten Souveränität frei und selbst entscheiden, ob und welchem Bündnis es angehören will. Dies entspricht dem Geist und dem Text der KSZE-Schlußakte.

Ich habe als Auffassung der Bundesregierung erklärt, daß das geeinte Deutschland Mitglied des Atlantischen Bündnisses sein möchte, und ich weiß, daß dies auch dem Wunsch der DDR entspricht. Herr Ministerpräsident de Maizière hat das gestern in seinem Kommentar deutlich gemacht. Wir haben uns auch heute früh noch einmal in unserem Gespräch in diesem Sinne klar ausgesprochen.

**Viertens:**

Das geeinte Deutschland schließt mit der Sowjetunion einen zweiseitigen Vertrag zur Abwicklung des Truppenabzugs aus der DDR, der, wie die sowjetische Führung erklärt hat, innerhalb von drei bis vier Jahren beendet sein soll.

Was ich hier so einfach vortrage, „drei bis vier Jahre“, heißt, daß die sowjetischen Truppen spätestens 1994 deutsches Gebiet verlassen. Und ich will noch einmal darauf hinweisen: Das bedeutet, daß 50 Jahre nach dem Tag, an dem sowjetische Truppen zum ersten Mal das damalige deutsche Reichsgebiet im Kampf im Zweiten Weltkrieg betreten haben, die letzten sowjetischen Soldaten aus Deutschland abziehen werden.

Ferner soll für diesen Zeitraum ein Überleitungsvertrag über die Auswirkungen der Einführung der D-Mark abgeschlossen werden.

**Fünftens:**

Während der Dauer der Anwesenheit sowjetischer Truppen auf dem Territo-

rium der heutigen DDR werden keine Strukturen der NATO auf dieses Gebiet ausgedehnt.

Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrages finden sofort mit der Vereinigung auf das gesamte Gebiet des vereinten Deutschland Anwendung.

**Sechstens:**

Nicht integrierte Verbände der Bundeswehr, das heißt Verbände der territorialen Verteidigung, können ab sofort nach der Vereinigung Deutschlands auf dem Gebiet der heutigen DDR und in Berlin stationiert werden.

**Siebtens:**

Für die Dauer der Anwesenheit sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR sollen nach unseren Vorstellungen die Truppen der drei Westmächte in Berlin verbleiben. Die Bundesregierung wird die drei Westmächte darum ersuchen und ihnen einen entsprechenden Vertrag vorschlagen. Für den Aufenthalt der westlichen Streitkräfte muß eine Rechtsgrundlage durch Vertrag zwischen der Regierung des vereinten Deutschlands und den Drei Mächten geschaffen werden. Wir gehen davon aus, daß selbstverständlich die Zahl und die Ausrüstung dieser Truppen nicht stärker sein soll als heute.

**Achtens:**

Nach Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der heutigen DDR und aus Berlin können in diesem Teil Deutschlands auch der NATO angegliederte Truppen stationiert werden, allerdings ohne für Atomwaffen verwendbares Abschußgerät. Ausländische Truppen und Atomwaffen sollen nicht dorthin verlegt werden.

**Neuntens:**

Die Bundesregierung erklärt sich bereit, noch in den laufenden Wiener Verhandlungen eine Verpflichtungserklärung



abzugeben, die Streitkräfte eines geeinten Deutschlands innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370 000 Mann zu reduzieren. Diese Reduzierung soll mit Inkrafttreten des ersten Wiener Abkommens beginnen. Dies bedeutet: Legt man die bisherige Sollstärke von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee zugrunde, so werden die Streitkräfte des künftigen geeinten Deutschlands um 45 Prozent vermindert.

### **Zehntens:**

Das geeinte Deutschland wird auf Herstellung, Besitz und Verfügung der ABC-Waffen verzichten und Mitglied des Nichtverbreitungsvertrages bleiben.

Ich gehe selbstverständlich davon aus, daß die drei Westmächte ebenso wie die Regierung der DDR, mit der ich in der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten heute bereits gesprochen habe, auch diese Einigungsvorstellung unterstützen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Gespräche mit Präsident Gorbatschow, aber auch der Gespräche von Bundesfinanzminister Waigel mit seinen sowjetischen Partnern war eine zukunftsge wandte wirtschaftlich-finanzielle Zusammenarbeit.

Auf Grund der drei westlichen Gipfel von Dublin, London und Houston konnte ich der sowjetischen Führung und vor allem Präsident Gorbatschow verdeutlichen, daß der Westen auf den Erfolg der Perestroika setzt und ihn nach besten Kräften fördern will. Dies ist nach dem Ergebnis meiner vielen Gespräche der Wunsch und das Anliegen unserer westlichen Freunde und Partner.

Noch Ende dieser Woche wird der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, nach Moskau reisen und auf der Grundlage des vom Europäischen Rat in Dublin erteilten Mandates das Gespräch aufnehmen.

Präsident Gorbatschow hat mir noch mitgeteilt, daß er noch vor seinem Urlaub mit dem amtierenden Präsidenten der Gemeinschaft, mit dem Ministerpräsidenten Italiens, Giulio Andreotti, das Gespräch in dieser Frage sucht.

Die Hauptarbeit — und dabei gab es zwischen uns beiden volle Übereinstimmung — ist jedoch in der Sowjetunion selbst zu leisten. Präsident Gorbatschow bereitet mit seinen Mitarbeitern ein umfassendes marktwirtschaftliches Reformprogramm vor, das er im September dem Obersten Sowjet vorlegen will und das nach seinem Willen alsbald in Kraft gesetzt wird. Dies — und darin waren wir uns einig — ist die entscheidende Voraussetzung für eine wirkliche und wirksame westliche Abstützung dieser Politik.

Dieser kurze Überblick über einige wesentliche Themen und Fragestellungen der nächsten Monate zeigt, daß wir bereits mitten in grundlegenden Weichenstellungen für unsere gemeinsame europäische Zukunft stehen.

Ich will aus diesem Grunde auch darauf hinweisen, daß allein die Terminübersicht bis zum Dezember deutlich macht, in welcher Fahrt das Ganze vonstatten geht:

- Mein Treffen mit dem amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates, Ministerpräsident Andreotti, am 10. September, steht in dieser Reihe.
- Ich nenne die deutsch-französischen Gipfelkonsultationen am 17. und 18. September in München.
- Das Sondertreffen des Europäischen Rates am 3. November 1990 in Rom.
- Das KSZE-Gipfeltreffen vom 19. bis 21. November 1990 in Paris — das ist für uns besonders wichtig, weil ja bei dieser Gelegenheit das Abschlußdokument „Zwei-plus-Vier“ präsentiert werden soll.

*(Fortsetzung auf der nächsten Seite)*



# Wehrpflicht auf 12 Monate verkürzt

**Zum Ergebnis des Koalitionsgesprächs, Grundwehrdienst und Zivildienst zu verkürzen, erklären der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Wilz, und der zuständige Berichterstatter, Otto Hauser:**

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt die Entscheidung der Koalitionsrunde, den Grundwehrdienst ab 1. Januar 1991 von

*(Fortsetzung von der vorherigen Seite)*

● Ich nenne dann den Europäischen Rat vom 13. bis 15. Dezember 1990 in Rom — das ist ein ganz wichtiges Datum, weil ja bei dieser Gelegenheit die beiden Regierungskonferenzen eröffnet werden sollen: die Regierungskonferenz über die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft und die Regierungskonferenz — ich will sie einmal so nennen — zur weiteren Entwicklung der politischen Einheit in Europa.

Ich hoffe, daß wir dieses Jahr so gut zu Ende führen können und daß das, was im ersten halben Jahr begonnen wurde, dann auch fortgeführt werden kann.

Ich selbst und die von mir geführte Bundesregierung wird alles daran setzen, dazu ihren Beitrag zu leisten.

Wie Sie entdeckt haben, habe ich ein anderes, ganz wichtiges Datum hier nicht erwähnt: die Bundestagswahl, die gesamtdeutschen Wahlen im Dezember. Ich gehe davon aus, daß es wohl der erste Dezembersonntag sein wird nach den jetzt in der Diskussion befindlichen Daten. Sie haben sicherlich Verständnis dafür, daß ich zum Schluß zum Ausdruck bringe, daß ich die Absicht habe, diese Wahl zu gewinnen. ■

15 auf 12 Monate und den Zivildienst von 20 auf 15 Monate zu verkürzen. Diese Regelung entspricht einer Forderung der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik, die im Mai während einer Klausurtagung erhoben worden ist.

Die Bundesregierung zieht damit die Konsequenzen aus der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa, den Fortschritten bei den Abrüstungsverhandlungen in Wien sowie den 2 + 4-Gesprächen.

Eine Übergangsregelung wird ermöglichen, daß alle seit dem 1. Oktober 1989 einberufenen Grundwehrdienstleistenden ebenfalls nach Ablauf von 12 Monaten Wehrdienst — erstmals zum 30. September 1990 — aus der Bundeswehr entlassen werden.

Vergleichbares gilt für die Zivildienstleistenden, die erstmals zum 31. Dezember d. J. nach 15 Monaten Dienstzeit entlassen werden.

Unsere Wehrpflichtigen haben ihren wesentlichen Beitrag dazu geleistet, den Frieden in Europa zu sichern. Sie haben Anteil an der eingetretenen sicherheitspolitischen Stabilität, die es nun erlaubt, die Dienstpflicht unserer jungen Bürger weiter drastisch zu verringern. Für ihren Dienst gilt allen Soldaten und Angehörigen der Reserve unser Dank. ■

## Sachsen wird größer

In Bürgerentscheiden haben sich 550 000 Einwohner aus drei Kreisen der Bezirke Cottbus und Leipzig für das zukünftige Land Sachsen entschieden, bereits heute bevölkerungsreichster Teil der DDR. Zur Wahl hatte die Zugehörigkeit zu Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen gestanden.



## Dazu schreibt die Presse:

# Kohls großer Erfolg

*Wesentlich schneller als von ihm selbst erwartet, kann Bundeskanzler Helmut Kohl die Früchte seiner beharrlichen Deutschland- und Außenpolitik pflücken. Kohl hat in staatsmännischer Manier, vor der jegliche Hämme seiner Gegner verblaßt, diese Entscheidungen vorbereitet. Staatskunst im Medienzeitalter.* Rheinische Post

## Der Mann der Stunde

*Über alle landesinneren Kleingeistigkeiten hinweg ist Kohl, der Vielgeschmähte, zum Kanzler der deutschen Einheit geworden.* Die Welt

*Wundern müssen sich wieder einmal diejenigen, denen in ihrer Einfalt bei Kohl immer nur die Fettnäpfchen einfallen. Zum x-ten Mal beweist er, daß er vom politischen Geschäft viel mehr versteht als seine Kritiker. Allmählich bekommt man richtig Mitleid mit dem geplagten Lafontaine.* Frankfurter Neue Presse

*Das ist ein satter Erfolg, der sich sehen lassen kann.* Neue Rhein-Zeitung

*Kohl ist seit dem Fall der Mauer von Triumph zu Triumph gegangen. ... Kohl hat uns in der letzten Zeit gewaltig überrascht. Der Wind der Geschichte trägt ihn, aber er wird nicht von ihm getrieben. Er verstand es, die Schritte zu tun, die sich jetzt als erfolgreich erweisen.* Dänischer Rundfunk

*Für Kohl ist das ein uneingeschränkter Triumph...*

Französischer Rundfunk — Europe 1 — A.

*Kohl hat ohne Zweifel Fortüne. Er ist der große Nutznießer der Politik Gorbatschows; aber er hat auch seine Chance frühzeitig gepackt, resolut und auch risikobereit, und sich damit wenn nicht gerade Zuneigung, so doch Respekt und Statur auf der Weltbühne verschafft, wie die internationalen Reaktionen immer wieder zeigen.* Deutsches Fernsehen

*Kanzler Kohl, der sich Moskaus Segen für seinen Zeitplan der Vereinigung sicherte, hat damit einen diplomatischen Triumph für sich persönlich zu verbuchen...* BBC

*Kohl stellt sich heute als der politische Zauberkünstler dar, der nicht nur die deutsche Teilung zu überwinden vermochte, sondern zusammen mit Gorbatschow die Spaltung Europas. Eine glänzende Ausgangsposition für die erste gesamtdeutsche Wahl im Dezember. Alles deutet darauf hin, daß Kohl der erste gesamtdeutsche Regierungschef und Europas neuer starker Mann wird.* Dänischer Rundfunk

*Präsident Bush bezeichnete den Wirtschaftsgipfel in Houston als den ersten der „Nachkriegsära“. Und es zeigte sich, daß dabei Bundeskanzler Helmut Kohl groß herauskam und so die neue, subtilere Machtbalance in der Welt widerspiegelte. Mehr noch als beim NATO-Gipfel in London wurde er zu einer beherrschenden Figur — und, wie ein französischer Diplomat es ausdrückte, „der Führer der wohlhabendsten, strategisch am wichtigsten und bevölkerungsreichsten Nation Europas“. Als solcher sei er voll und ganz in dieser Rolle aufgegangen.* Die Welt

*Da gibt es nichts zu deuteln: Kohl hat in Moskau einen überragenden politischen Erfolg erzielt.* Express



Lothar de Maizière zum Staatsvertrag

## Laßt uns mutig anfangen

Am 1. Juli 1990 ist der Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft getreten. Aus diesem Anlaß hielt der Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, am 30. Juni 1990 folgende Ansprache im Deutschen Fernsehfunk (DFF):

*Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!  
Ich wende mich heute, am Vorabend des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, direkt an Sie, weil wir alle gemeinsam morgen, am 1. Juli, einen großen, einen entscheidenden Schritt in Richtung Einheit gehen. Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion schafft ganz wesentliche Voraussetzungen für die Verwirklichung der deutschen Einheit. Sie ist die Brücke für die Vereinigung beider deutschen Staaten.*

*Manchem geht das alles zu schnell. Ich kann dieses Gefühl gut verstehen. Denn noch vor einigen Monaten waren die Vorzeichen in unserem Land ganz anderer Art. Der Westen war weit und für die meisten gar nicht erreichbar. Heute sind wir zusammengerückt. Wir sind ein Volk. Im Lande herrschte ein System, dem gegenüber viele von uns eine Haltung eingenommen hatten, die auch bei eigener Selbstkritik vertretbar erschien. Man hatte gelernt, sich mitreiben zu lassen, ohne sich in das System zu verstricken.*

*Die Monate Oktober und November 1989 brachten dann den großen Umbruch. Es war das Erwachen wie nach einem Alptraum. Immer wieder hört man, immer wieder sagt man selbst: Wer hätte das vor einem Jahr gedacht. Wer hätte geglaubt,*

*daß in einem Jahr die Mauer fällt und alles ganz anders sein würde. Man kann es eigentlich auch heute immer noch nicht recht glauben, daß das SED-Regime, das wie ein Bollwerk gegen die Freiheit stand, so schnell zusammenbrechen würde, wobei unsere Waffen nicht Gewehre, sondern brennende Kerzen waren.*

*Inzwischen ist mehr als ein halbes Jahr vergangen, und ich glaube daher sagen zu können, daß der Prozeß der Einheit wirklich nicht zu schnell geht. Wir haben nichts überstürzt, und wir werden auch künftig Schritt für Schritt vorangehen. Aber die Schritte müssen sichtbar und spürbar sein. Denn der Prozeß der Einheit läßt sich nicht in die Länge ziehen. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir dem Lande am besten dienen, wenn wir die Einheit nicht nur gut, sondern auch schnell vollziehen.*

*Was wir jetzt besonders brauchen, sind Selbstvertrauen und Zuversicht. Gründergeist habe ich es kürzlich einmal genannt, was heißen soll: Laßt uns mutig anfangen. Wir sollten nicht in erster Linie und vor allem Probleme sehen, sondern die Chance. Wir dürfen jetzt nicht die Hände in den Schoß legen und warten, was da kommt. Es kommt wenig in Bewegung, wenn wir nicht selbst zupacken. Es geht aber auch nicht, daß Einzelinteressen mit Streiks durchgesetzt werden. Wir müssen das Ganze im Auge behalten. Es gibt auf allen Gebieten viel, sehr, sehr viel zu tun. Es gibt Arbeit in Hülle und Fülle, und es wird auch viele neue Arbeitsplätze geben. Natürlich wird mancher dazulernen oder einen anderen Beruf ergreifen müssen. Aber das geht in einer modernen Industriegesellschaft vielen so. Man lernt nicht mehr den Beruf fürs ganze Leben, sondern man*



muß mit den Entwicklungen mitgehen. Auch ich selbst übe inzwischen meinen 3. Beruf aus. Die Arbeitsplätze der Zukunft, das belegen die Entwicklungen in allen Industrieländern, setzen Flexibilität voraus. Und das haben wir doch in der DDR gelernt.

Die SED hat uns einen riesigen Berg von Problemen hinterlassen. Die Bilanz ist erschütternd. Wir haben auf fast allen Gebieten schwierigste Zustände geerbt. Und die Probleme, die wir bewältigen müssen, sind nicht die Probleme von heute, sondern die Folgen des alten Systems. Die Art und Weise, in der viele Regionen unseres Landes buchstäblich geschädigt worden sind, ist unbeschreiblich. Bitterfeld ist nur ein Stichwort für die vorsätzliche Zerstörung unserer Umwelt und die ständige Gefährdung der Gesundheit vieler Mitbürger. Doch auch diese Probleme werden wir lösen. Daß die Bundesrepublik bereit ist, uns gerade auch auf diesem Gebiet besonders schnell und entscheidend zu helfen, sollte uns allen weiteren Mut machen.

Die Investitionsbereitschaft von Unternehmen aus dem Westen ist groß. Bei meinen Gesprächen in den USA, Frankreich und Großbritannien haben mir Unternehmer konkrete Projekte vorgestellt, die mit Investitionen in der DDR Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Meine Gespräche in Brüssel haben mich die europäische Solidarität spüren lassen. Und bei meinen Gesprächen in Moskau ging es auch darum, unsere traditionellen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auch im Interesse unserer Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen.

Mit der neuen Währung werden uns neue Chancen angeboten. Nutzen wir sie, aber lassen wir uns von ihnen nicht treiben. Ich kann schon verstehen, daß viele nach jahrzehntelangen Entbehrungen möglichst schnell alles nachholen wollen, was ihnen vorenthalten wurde. Aber das geht nicht.

Bedenken Sie bitte, daß die Zeiten des Mangels vorüber sind. Es wird vieles einfacher werden. Ich empfinde es als eine große Erleichterung für alle, vor allem aber für die berufstätigen und die alleinerziehenden Mütter, daß sie künftig nicht mehr wertvolle Freizeit, die eigentlich ihren Kindern gehört, mit Schlangestehen verschwenden müssen.

Ich danke der Bundesregierung, und ich danke dem Bundestag und der Volkskammer. Ich danke auch besonders der Opposition in unserem Lande, deren Argumente ich keineswegs überhört habe. Sie waren wichtige Hilfen bei der ständigen Überprüfung des eigenen Weges.

Sachliche Kritik ist immer hilfreich. Und ich danke auch ausdrücklich denen, die den Staatsvertrag im einzelnen ausgehandelt haben. Es war ein gewaltiges Stück Arbeit. Ich möchte auch ausdrücklich allen Bank- und Sparkassenangestellten danken, die in diesen Wochen Übermenschliches leisten. Ihrem unermüdlichen, manchmal auch nervenaufreibenden Einsatz ist es zu danken, wenn in diesen Tagen alles seinen geordneten Lauf nimmt. Und wer in diesen Tagen zu lange in den Schlangen vor den Geldinstituten stehen mußte, möge ein Nachsehen haben. Es ist hoffentlich das letztmal, daß wir lange anstehen mußten.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, der 1. Juli 1990 ist ein wichtiges Datum in unserer Nachkriegsgeschichte. Wir vollziehen morgen einen entscheidenden Schritt in die materielle Freiheit. Dabei wird es Probleme und Sorgen geben. Ich verkenne das keineswegs. Aber es wird von nun an auch bei uns aufwärts gehen. Wir haben mit Hilfe der Bundesrepublik Deutschland Chancen, die kein anderes Land in Osteuropa hat. Nutzen wir sie.

Der Blick zurück ist ein Blick im Zorn. Der Blick nach vorn ist ein Blick mit Zuversicht und Hoffnung.



Volker Rühle:

## Wir freuen uns auf Deutschland

Die CDU hat sich mit der CDU der DDR darauf verständigt, daß die DDR-Partei ein Viertel der Delegiertenzahl auf dem Vereinigungsparteitag Anfang Oktober in Hamburg stellen wird. Das teilten der CDU-Generalsekretär Volker Rühle und der geschäftsführende Vorsitzende der Ost-CDU, Horst Korbella, in Bonn mit.

Generalsekretär Volker Rühle erklärte auf der Pressekonferenz:

„Ich freue mich, daß wir Ihnen vor dem Sommer noch über die Arbeit der gemeinsamen Organisationskommission berichten können, die wir beide anführen und die vor allen Dingen den gemeinsamen Parteitag in Hamburg vorbereiten soll. Es ist inzwischen klar, daß 25 Prozent der Delegierten auf diesem Parteitag von seiten der CDU der DDR gestellt werden. Es ist auch klar, daß wir im Laufe des Herbstes, abschließend wahrscheinlich Ende Oktober, ein gemeinsames Wahlprogramm erstellen werden, mit dem wir dann gemeinsam in die gesamtdeutschen Wahlen gehen werden. Wir werden auch eine Fortschreibung des Grundsatzprogramms der CDU beginnen. Der Schwerpunkt dieser Arbeit wird im nächsten Jahr liegen. Das hat nicht nur etwas mit der Tatsache der Wiedervereinigung der Partei zu tun, sondern natürlich auch mit dem grundsätzlichen Wandel in den internationalen Beziehungen.“

Im Unterschied zu den Sozialdemokraten, die ja im Zusammenhang mit dem Artikel 23 immer von der Gefahr des Anschlusses gesprochen haben, machen wir keinen Anschluß-Parteitag im Hin-

blick auf die Vorstandswahlen — so wie die Sozialdemokraten es machen, daß sie einfach im Amt, auf ihren Stühlen hocken bleiben und dann die DDR-Kollegen dazuwählen — sondern die gesamte Führung wird zurücktreten, und wir werden gemeinsam die neue Führung der CDU Deutschlands in Hamburg wählen.

Ich glaube, daß unsere Partei allen Anlaß hat, mit Optimismus in den Sommer zu gehen. Die Partei spürt die starke Unterstützung. Ich glaube, daß wir unserer Verantwortung in dieser historischen Situation gerecht geworden sind und daß wir deswegen eine immer stärkere Unterstützung in der öffentlichen Meinung finden.

Die Sozialdemokraten befinden sich weiterhin in einem starken Tief. Lafontaine hängt wie ein Bleigewicht an der Partei, und es ist schon eine makabre Situation, daß hier ein Mann uns als Kanzlerkandidat für das geeinte Deutschland ange-dient wird, der nicht für gut genug befunden wird, der Kandidat für den Parteivor-sitz einer geeinten SPD zu sein. Im Grunde genommen geht es weiter drunter und drüber bei den Sozialdemokraten.

Wir möchten Ihnen zu Beginn des Som-mers eine kleine Sommerkampagne vor-stellen, die unsere Stimmung, und wie wir hoffen, auch die der Gesamtbevölkerung widerspiegelt: **„Wir freuen uns auf Deutschland“** — um gegen diejenigen anzutreten, die immer noch versuchen, alles mies zu machen, nur die Probleme zu sehen. Wir sehen die Chancen der Ein-heit. Auch kann man die Probleme, die es natürlich gibt, nur bewältigen, wenn man innerlich ‚Ja‘ sagt zu Deutschland. Und das soll diese Kampagne im Sommer ver-deutlichen.“



Horst Korbella:

## Unsere Parteibasis drängt auf den Zusammenschluß

**Was sind Ausgangspunkte und Erwartungen der Christdemokraten im Osten im Blick auf eine bevorstehende Vereinigung der CDU der DDR mit der CDU in der Bundesrepublik? Zunächst lege ich Wert auf die Feststellung, daß sich dieser Vereinigungsprozeß auf intensives Drängen der Parteibasis, also absolut freiwillig, vollzieht.**

Freilich waren die ursprünglichen Zeitvorstellungen andere als sie sich gegenwärtig darstellen. Wir stehen doch jetzt vor der Entscheidung, ob wir uns angesichts der ersten gesamtdeutschen Wahlen noch in diesem Jahr im Wahlkampf als zwei Parteien gleichen Namens oder als die einheitliche Christlich Demokratische Union Deutschlands Vertrauenwerbend präsentieren sollten.

Unserer Meinung nach sollten unsere beiden Parteien, die der Faszination der neuen staatlichen Einheit in den letzten Wochen und Monaten eine so große politische Geltung verschafft haben, ihr Zusammengehen nicht als letzte beschließen. Das sind wir wohl auch unseren Mitgliedern schuldig, die uns auf entsprechende Bestrebungen der Sozialdemokratie und der Liberalen verweisen.

Als eine der Parteien der „Allianz für Deutschland“ haben wir bei den Volkskammerwahlen am 18. März bekanntlich ein deutliches Wählervotum erhalten, ein sehr deutliches, und das läßt uns trotz Anerkennung politischer Mitschuld an der Entwicklung der DDR bis zum Herbst 1989 aufrecht und selbstbewußt in

diesen neuen Parteiverbund mit unserer Schwesterpartei gehen.

Die CDU-West konnte eine andere staatstragende Rolle spielen als wir es in der DDR vermochten. Dessen ungeachtet, ja vielleicht gerade deshalb, erwarten wir, daß wir so angenommen werden wie wir sind, weil wir anders kaum hätten werden können.

Leidens- und Opferbereitschaft, Verzicht und Solidarität — das sind einige Wesensmerkmale für christliche Demokraten im Osten. Dazu gehört auch das ausgeprägte Bedürfnis, religiöse Haltung, also christliche Lebensauffassung aus dem privaten, persönlichen Bereich in die Öffentlichkeit, in die Gesellschaft zu tragen. Das vollzog sich eingedenk der geistigen Diaspora-Situation und hat vielen zugleich geholfen, mit den Belastungen besser fertig zu werden.

Dieses ideelle Kapital wird wohl nun in ein neues Spannungsfeld kommen. Wir wissen um den politischen Pragmatismus unserer Schwesterpartei und um ihre besondere wirtschaftspolitische Kompetenz und Effizienz in ihrem Wirken. Wir glauben, daß wir durch Betonung des christlichen Menschenbildes eine gewisse geistige Bereicherung mitbringen.

Es stehen uns gemeinsam interessante Zeiten bevor, in denen die CDU-Ost auf dem Weg zu einer einheitlichen Partei im vereinten Deutschland und in einem neuen, Ost wie West umfassenden Europa manche politische Kontur deutlicher hervortreten lassen kann.



# Die Aufwärtsentwicklung auf dem Arbeitsmarkt hält an

● Allein innerhalb der letzten 12 Monate wurden fast 600.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Seit 1983 sind es damit insgesamt knapp 2 Millionen. Und durch die deutsche Einigung erhält der Arbeitsmarkt zusätzliche Impulse: Experten schätzen, daß es bis zum Jahr 2000 nochmal rund 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze in Deutschland geben wird.

● Im Juni 1990 lag die Zahl der Erwerbstätigen bei 28,2 Millionen Menschen. Sie ist damit höher als jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

● Mit 1,8 Millionen Arbeitslosen haben wir heute den niedrigsten Stand seit 1982. Innerhalb eines Jahres gab es einen Rückgang von rund 110.000 bzw. 6 Prozent. Und dies trotz des starken Zustroms von Aus- und Übersiedlern sowie Ausländern — allein 1989 kamen über 1 Million Menschen in die Bundesrepublik. Experten schätzen, daß die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2000 noch einmal um 700.000 sinken wird.

● Die Kurzarbeit spielt so gut wie keine Rolle mehr. Im Juni 1990 gab es nur noch 38.200 Kurzarbeiter in der Bundesrepublik — 1982 waren es noch über 606.000. Wir haben heute den niedrigsten Stand seit 1973 erreicht.

● Seit 1983 steigt die Zahl der offenen Stellen ständig an. Im Juni 1990 waren den Arbeitsämtern fast 337.000 unbesetzte Stellen gemeldet. Experten sprechen sogar von rund einer Million Arbeitsplätzen, die nicht besetzt werden können. Fachkräfte sind derzeit Mangelware.

● Immer weniger Jugendliche sind heute von Arbeitslosigkeit betroffen. Während

1983 noch 192.000 arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren gemeldet waren, sank deren Zahl im Juni 1990 auf rund 64.000 — ein Rückgang um über 65 Prozent!

**Heinrich Franke**, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit: „Der konjunkturelle Aufschwung besitzt auch in seinem achten Lebensjahr ungebrochene Vitalität.“ Und die weiteren Aussichten sind gut: Die deutsche Einheit ist das beste Programm für mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze. ■

## 25 Prozent weniger Kohlendioxid-Ausstoß

Die Regierung Helmut Kohl hat die Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes in der Bundesrepublik Deutschland um 25 Prozent bis zum Jahre 2005 beschlossen. Das ist weltweit vorbildlich. Eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesumweltministeriums soll bis Herbst 1990 Vorschläge vorlegen, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

Schon heute ist klar, daß

- größere Anstrengungen zum Energiesparen und zur rationellen Energienutzung unternommen,
- die Energiequellen Kohle, Öl und Erdgas so umweltverträglich wie möglich genutzt und
- erneuerbare Energien so rasch wie möglich erschlossen werden müssen.

Dazu Umweltminister Klaus Töpfer: „Mit der quantitativen und zeitlichen Festlegung bei der Kohlendioxid-Verringerung wird die Bundesrepublik Deutschland zum Vorreiter im Kampf gegen den Treibhauseffekt.“ ■



# CDA jetzt auch in der DDR konstituiert

Die bereits seit April dieses Jahres als Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft / Christlich Soziale Ausschüsse (CDSA) kooperierenden Arbeitnehmervereinigungen der CDU und des Demokratischen Aufbruchs (DA) in der DDR haben sich jetzt — in Anlehnung an die bundesdeutschen CDU-Sozialausschüsse — unter dem gemeinsamen Namen CDA zusammengeschlossen und konstituiert. Gleichzeitig wurde eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den Vorständen der CDA-Ost und CDA der Bundesrepublik gebildet. Dieser obliegt es auch, die Fusion der beiden Partnerorganisationen vorzubereiten, die im Frühsommer 1991 auf einer gemeinsamen Bundestagung vollzogen werden soll.

Das ergab die erste Delegiertentagung der CDA für den gesamten DDR-Bereich in Magdeburg, an der auch eine rund vierzigköpfige Abordnung der CDU-Sozialausschüsse der Bundesrepublik teilnahm. An ihrer Spitze CDA-Bundesvorsitzender Ulf Fink, der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heribert Scharrenbroich, sowie Anja Martin, Bundesvorsitzende der Jungen Arbeitnehmerschaft (JA).

Mit großer Mehrheit wählten die Delegierten den 40jährigen Facharzt für Neurologie, Dr. Michael Seidel, aus Berlin zum Vorsitzenden der DDR-CDA. Nachdrücklich bekannte sich Seidel zur gemeinsamen Aufgabe der CDA, „der sozialen Verantwortung im Geiste der christlich-sozialen Bewegung, die in der deutschen Geschichte tief verwurzelt ist, gerecht zu werden.“ Der CDA-Vorsitzende begrüßte dazu „mit Genugtuung“ die programmatische Aussage des DDR-

Ministerpräsidenten und CDU-Vorsitzenden de Maizière, daß auf dem weiteren Weg zur deutschen Einheit mit dem Zusammenschluß von CDU-West und -Ost eine neue CDU entstehen solle, „in der das soziale Element eine neue Geltung erlangen wird“. Darin sehe gerade auch die CDA eine Herausforderung, gegenüber und innerhalb der DDR-Parteien CDU und DA „die soziale Verantwortung in ihrer ganzen Breite und Tiefe zur Geltung zu bringen“.

Als Sprecher der Arbeitnehmergruppe der CDU/DA-Volkstammerfraktion forderte Dr. Gunter Bechstein, daß das soziale Netz in der DDR nicht bloß vorhanden sein dürfe. Es müsse von Menschen aufgespannt und gehalten werden, um auch für Menschen tragbar zu sein. Es bedürfe dabei vieler individueller Initiativen, die nicht im individuellen Nutzen, sondern im sozialen Prestige ihre Anerkennung fänden. Mitarbeit in Betriebsräten und Gewerkschaften müsse aus diesem Blickwinkel zu Bestandteilen christlichen Selbstverständnisses werden.

CDA-Bundesvorsitzender Ulf Fink rief zur starken Beteiligung an den Betriebsratswahlen in der DDR auf. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß in Sachsen und Thüringen rund 60 Prozent der Arbeitnehmerschaft ihre Stimme der CDU und deren verbündeten Parteien gegeben hätten. „Dies war auch ein Plädoyer für die Volkspartei CDU“, betonte Fink. ■

## Optimistisch wie nie

Noch nie waren die Deutschen so optimistisch. 91 Prozent der Bundesbürger beurteilten bei einer Infas-Umfrage die künftige Konjunktur-Entwicklung als gut. Im Januar waren es „nur“ 82 Prozent gewesen.



Alfred Dregger:

## Zwei Jahrzehnte lag die SPD gegenüber der roten Diktatur auf Anerkennungskurs

**Auf dem 75. Landesparteitag der CDU Hessen am 30. 6. 1990 in Kassel stellte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger u. a. fest:**

Ich freue mich auf den Wahlkampf, denn zur Demokratie gehört der Kampf der Meinungen. Wir machen Wahlkampf, d. h. der Wahl hat der Kampf vorauszu-gehen. Bürgerliche Betulichkeit oder gar Feigheit sind absolut fehl am Platze.

Wenn die Lage es erfordert, müssen wir auch mal zuschlagen; natürlich nicht undifferenziert, sondern gezielt, in einer Weise, die das Problem auf den Punkt bringt. Ich möchte einige Beispiele anführen:

1. Als die SPD in einer der letzten Sitzungen des Bundestages wieder einmal die CDU-Ost als „Blockpartei“ zu schmähen versuchte, bin ich dem massiv entgegengetreten. Ich habe den SPD-Genossen gesagt: Das Schlimme in der DDR waren nicht die sogenannten Blockparteien, sondern die SED mit ihrem Stasi-Apparat. Und diese SED hätte es nicht gegeben, wenn die SPD — von rühmenswerten Ausnahmen abgesehen — den Zusammenschluß mit der KPD verweigert hätte.

Daß die SPD auch in unserer Zeit Versuchen dieser Art nicht fernsteht, zeigt ihre Geschichte: Seit über zwei Jahrzehnten lag sie gegenüber der roten Diktatur in der DDR auf Anerkennungskurs. Oskar Lafontaine und einige seiner

Gesinnungsfreunde empfahlen die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR. Wären wir dieser Empfehlung gefolgt, dann wäre die Mauer in Berlin und der Stacheldraht zwischen Thüringen und Hessen auch jetzt noch geschlossen; denn nur auf Grund der von uns verteidigten gemeinsamen Staatsbürgerschaft konnten unsere Botschaften in Budapest, Prag und Warschau den Flüchtlingen aus der DDR Reisepässe der Bundesrepublik Deutschland ausstellen.

Auch das Verhalten der sozialdemokratisch regierten Bundesländer war in hohem Maße kritikwürdig. Sie haben es zuletzt abgelehnt, die Erfassungsstelle in Salzgitter mitzufinanzieren. Diese hat den Stasi-Terror nicht verhindert; aber sie hat ihn gebremst, und sie erleichtert es heute, die Verbrechen des kommunistischen Regimes gegen die Bevölkerung der DDR in juristisch einwandfreier Weise zu verfolgen. Zu allem Überfluß versuchte die Führung der SPD nahezu bis zur Öffnung der Mauer in hochrangig besetzten Kommissionen ideologische Gemeinsamkeiten mit der SED auszumachen.

Davon redet heute keiner mehr. Heute sitzen fast alle auf dem deutschen Dampfer. Aber dieser wäre längst untergegangen, wenn wir, die CDU/CSU, ihn nicht über Wasser und auf Kurs gehalten hätten.

2. Wir müssen uns intensiv mit dem Mann beschäftigen, der auf Vorschlag der SPD Kanzler werden soll. Dieser



Herr will, daß die Wiedervereinigung entweder scheitert oder sich nur unter großen Schwierigkeiten vollzieht. Darauf hat er seine Wahlkampfstrategie abgestellt. Nur wenn Deutschland Schaden nimmt, sieht er eine Chance, sich als einen Propheten darstellen zu können, der schon immer vor den Folgen der Wiedervereinigung gewarnt hat.

● **Wer auf Baisse für Deutschland spekuliert, der wäre als Kanzler für Deutschland ein Unglück.**

Schlimmer noch als das Verhalten von Oskar Lafontaine ist das der SPD. Sie hat sich diesem Herrn gebeugt, damit dieser ihr die Gnade seiner Kandidatur nicht verweigere. Wie tief ist doch die SPD gesunken. Alle großen Entscheidungen — nicht nur die jetzigen zur Wiedervereinigung — sind von der CDU/CSU gegen die SPD durchgesetzt worden. Die SPD hat nahezu immer — und zwar hartnäckig — den falschen Kurs gesteuert.

● Die SPD war gegen die Westbindung — wir waren dafür. Ohne unsere Entscheidung für den Westen hätten wir heute weder Verbündete im Westen noch Optionen im Osten. Der Ring des Mißtrauens hätte sich längst wieder um unser Land geschlossen.

● Wir waren für die Soziale Marktwirtschaft, die SPD war dagegen. Sie war für den demokratischen Sozialismus, was immer das sein mag. Niemand hat das bisher klar definieren können. Noch im neuesten Grundsatzprogramm der SPD kommt der Begriff Soziale Marktwirtschaft nicht vor, dafür zehnmal der Begriff demokratischer Sozialismus; ein Akzent, den man sonst nur noch bei der PDS findet. Daß die SPD im Lande Ludwig Erhards die Soziale Marktwirtschaft, die heute ein Weltmodell ist, nicht zur Kenntnis nimmt, zeugt von einer ideologischen Verblendung, die kaum zu fassen ist. ■

## Hohe Auszeichnung für Alfred Dregger

**Als einen „hervorragenden deutschen Politiker der Nachkriegszeit“ würdigte Alt-Bundespräsident Professor Karl Carstens den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alfred Dregger, der am Sonntag, 15. Juli 1990, im Herkulesaal der Münchner Residenz den Konrad-Adenauer-Freiheitspreis 1990 der Deutschland-Stiftung verliehen bekam.**

Der Sohn des ersten deutschen Bundeskanzlers, Max Adenauer, überreichte die Auszeichnung an Alfred Dregger als dritten Träger nach dem „Vater der Luftbrücke Berlin“, Lucius D. Clay, und dem Verleger Axel Springer.

Der in Münster/Westfalen geborene Dregger, der am 10. Dezember 70 Jahre alt wird, wurde von Karl Carstens als ein Politiker bezeichnet, der die politische Entwicklung in der Bundesrepublik seit vier Jahrzehnten mitgeprägt, ihre freiheitlichen Grundlagen mit gefestigt und einen großen Beitrag zur Erhaltung und Entwicklung demokratischer Wertvorstellungen geleistet habe.

Bundeskanzler Helmut Kohl, der ursprünglich die Festansprache halten wollte, schickte wegen seiner Moskareise ein umfangreiches Grußwort.

Wie Konrad Adenauer habe sich Alfred Dregger immer als deutscher Patriot und überzeugter Europäer verstanden, schrieb Kohl. Darum betrachte er die Auszeichnung auch als unübersehbares politisches Zeichen: „Sie würdigt das offene und unbeirrte Bekenntnis zum Vaterland. Sie ruft auf zu einem Patriotismus in europäischer, in völkerversöhnender Perspektive.“ ■



Volker Rühle:

## Die Union ist eine Partei für schwierige Zeiten, aber auch für historische Stunden

**Seit dem 9. November sind wir nicht nur an der Schwelle eines neuen Zeitalters, sondern im Grunde genommen mitten drin. Wir erleben die größte geschichtliche Umwälzung in Europa seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. Die inneren Ordnungen der Völker verändern sich und es entsteht eine neue politische und militärische Ordnung in Europa.**

Erinnern wir uns: In der Phase der Spannung zwischen Freiheit und Unfreiheit wuchsen die Waffenarsenale diesseits und jenseits der Grenze. Expansionismus und Drohpolitik der Sowjetunion verlangten Abschreckung auf unserer Seite und führten auch zu einem forcierten Rüstungswettlauf. Die Bewältigung wichtiger Menschheitsaufgaben, wie der globale Umweltschutz oder die Hilfe für die Dritte Welt, konnten nicht optimal durchgesetzt werden, weil der Osten uns zwang, sehr viel Geld und Kraft für unsere eigene Sicherheit aufzuwenden und weil er im übrigen nicht willens und nicht fähig war, seinen Teil in der globalen Verantwortung für die wirklichen Probleme der Menschen auf dieser Welt zu leisten.

Bisher gab es die Erste Welt, das waren die Demokratien, die Industriestaaten des Westens, die Hilfe für die unterentwickelten Länder gegeben haben. Dann gab es die Zweite Welt, die Länder unter der Führung der kommunistischen Sowjetunion. Das sind auch Länder des

Nordens gewesen. Das sind auch Länder gewesen, die potentiell hilfsfähig gewesen wären, die aber durch ein falsches politisches und wirtschaftliches System heute der Hilfe bedürfen. Wenn aus diesen Ländern jetzt durch die Reformen Länder werden, die helfen können, dann ist das eine großartige Sache. Und dann zeigt das auch, daß es kein Egoismus ist, wenn wir uns für die Einheit der Deutschen einsetzen. Das führt dazu, daß ganz Deutschland hilfsfähig wird, und dies ist eine große Leistung.

Die Zweite Welt ist dabei zu verschwinden oder sich grundlegend zu reformie-

**Auf dem Landesparteitag der hessischen CDU hielt Generalsekretär Volker Rühle eine für alle Parteifunktionäre, Mandatsträger und Parteifreunde richtungweisende Rede, besonders im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten im Vorfeld der Bundestagswahl im Dezember dieses Jahres.**

ren, in der Ersten Welt aufzugehen und hilfsfähig zu werden.

Jede Unterstützung des Wandels in Mittel-, Ost- und Südosteuropa bedeutet eine direkte Investition in unsere Sicherheit, denn demokratische Staaten, die sich westlichen Wertvorstellungen zuordnen, bedrohen uns nicht. Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Menschenrechte werden Wirklichkeit für alle Euro-



päer. Diese Ideen und Werte des Westens werden damit zur geistigen Grundlage einer neuen Friedensordnung in Europa. Dies sage ich auch an einem Wochenende, an dem mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR völlig zu Recht materielle Fragen im Vordergrund stehen.

Erinnern Sie sich an das, was Helmut Kohl vor wenigen Tagen bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde in Harvard erlebt hat. Dort hat der Präsident der Harvard Universität gesagt: „Wir sind alle Deutsche.“ Das hat er doch nicht gesagt, weil jetzt die DM in die DDR kommt, denn die kommt nicht in die Vereinigten Staaten. Das hat er gesagt, weil zwar wichtig ist, daß mit der DM wirtschaftliche Dynamik in der DDR hervorgerufen wird, weil es aber noch viel wichtiger ist, daß nun Freiheit, Menschenrechte und Menschenwürde in die DDR kommen. Das ist die Leistung der Deutschen und darauf können wir stolz sein, wenn ein Amerikaner sagt: „Wir sind alle Deutsche.“

Das zeigt auch: Ohne die Ungarn, die Polen, die Tschechoslowaken hätten wir die Freiheit und Einheit für die Deutschen nicht geschaffen. Und Freiheit und Einheit in Deutschland, das ist auch die absolute Notwendigkeit für die Wiedervereinigung Europas.

## Die deutsche Einheit ist das beste Friedens- und Abrüstungsprogramm

Es wird eine neue Situation der Sicherheit in Europa entstehen. Wir können eine neue Sicherheitsarchitektur nicht vom Reißbrett her gestalten und sie an einem Tage X in Kraft setzen. Aber richtig ist, daß von der Friedenserhaltung

durch Abschreckung, die bisher im Vordergrund stand, wir jetzt die Chance haben, zur Friedensgestaltung überzugehen. Der Begriff Nato ist für mich ein positiver Begriff. Und ich bin im übrigen sicher, daß auch in der DDR und in Ost-Europa das ein positiver Begriff ist. Denn ohne die Nato hätte es nicht die Chance zur Freiheit für alle Europäer gegeben. Die Nato braucht ihren Geist nicht zu ändern. Deswegen wird es bei dieser Sicherheitsgemeinschaft der westlichen Demokratien bleiben. Aber natürlich können wir Struktur, können wir Strategien ändern. Dies gilt für die Vorneverteilung, das gilt für die nukleare Abschreckung, die reduziert werden kann auf eine nukleare Rückversicherung. Und dies gilt auch für Konsequenzen, die wir für die Wehrdienstzeit ziehen können. Deswegen sage ich, die Einheit ist eben auch das beste Friedens- und Abrüstungsprogramm, was man sich vorstellen kann. Wir werden auch im Sommer nicht untätig sein und uns zu Wort melden als Union, und zwar mit Aussagen, die das wieder aufgreifen, was wir in der historischen Phase des letzten Novembers gesagt haben: „**Wir sind ein Volk.**“ Wir werden aber auch sagen: „**Wir freuen uns auf Deutschland.**“ Dabei ist klar, die Einheit ist eine Sache des Herzens, aber sie ist auch eine Sache des Verstandes. Deswegen dürfen wir keine Angstdiskussion führen, sondern wir müssen eine Chancendiskussion führen.

Ich habe es eben schon gesagt: Die Einheit ist das beste Abrüstungs- und Friedensprogramm. Und richtig ist doch auch, daß durch die Einheit unsere Chancen viel besser werden, etwas für den Umweltschutz in ganz Deutschland zu tun, weil wir den Dreck endlich an der Quelle bekämpfen können.

Ich komme aus Hamburg, und wir geben viele Millionen DM aus, um giftigen



Hafenschlick zu lagern. Wir müssen ihn inzwischen als Sondermüll lagern, weil er so giftig ist. Wenn wir dasselbe Geld in Dresden einsetzen, erreichen wir zehnfach so viel für die Sauberkeit der Elbe auch in Hamburg und auch für die Sauberkeit der Nordsee. Das ist doch ein Zugewinn durch die Einheit auch für den Umweltschutz, und das kann man doch klarmachen.

Die Bürger, vor allem unsere Mitbürger in der DDR, wissen, daß die Stabilität der alten Ordnung nur eine sehr teuer erkaufte Scheinstabilität gewesen ist. Diese Ordnung beruhte nicht auf der Zustimmung der Bürger, sondern auf Gewalt und Unterdrückung. Es ist die deutsche und internationale Linke gewesen, die die jetzt untergehende Ordnung der Unfreiheit als Friedensordnung verteidigt und Stabilität als obersten Wert proklamiert hat. Walter Wallmann hat hier noch einmal an den Vertrag zwischen den Sozialdemokraten in der Bundesrepublik und der SED erinnert. Die Existenzgarantie für die SED, die gegeben wurde, ist ein Beispiel dafür, wie man eine falsche Ordnung stabilisieren wollte und die Kräfte der Freiheit in Deutschland und Europa sträflich unterschätzt hat. Dasselbe ist beim Besuch Willy Brandts 1985 in Polen deutlich geworden. Auch das darf nicht vergessen werden. Er hat sich in der damaligen schwierigen Situation geweigert, mit Lech Walesa zu sprechen, und er hat wörtlich gesagt, er möchte keinen Beitrag zur Destabilisierung Polens leisten. Hier haben sie im Kern das Versagen der deutschen und internationalen Linken.

Wir Christlichen Demokraten halten es dagegen immer mit Abraham Lincoln, der einmal gesagt hat: Nichts ist endgültig geregelt, das nicht gerecht geregelt ist. Wir haben uns mit Unfreiheit nicht abgefunden. Wir haben die Veränderung

durch unsere Politik der Festigkeit gegenüber den totalitären Regimen mit herbeigeführt und ich muß Ihnen sagen, wenn Sie sich heute den Wandel anschauen, dann ist er nicht durch Annäherung und schon gar nicht durch Anbiederung entstanden, sondern durch freie Wahlen und durch sonst gar nichts. Das war und ist unsere Politik.

## Lafontaine spekuliert auf Schaden für Deutschland

Das Präsidium der Sozialdemokraten hat mit seiner Entscheidung gegen den Wunsch der Lafontaine-Anhänger, jetzt Hans-Jochen Vogel als gesamtdeutschen SPD-Vorsitzenden vorzuschlagen, Lafontaine weiter abgewertet und zum Kanzlerkandidaten zweiter Klasse gestempelt. Die eigenen Parteifreunde trauen Lafontaine offensichtlich nicht zu, den schwierigen Prozeß der Zusammenführung der SPD in Ost und West zu gestalten. Die SPD präsentiert einen Kanzlerkandidaten für das geeinte Deutschland, den sie nicht für fähig hält, eine geeinte SPD zu führen, das ist doch eine absurde Situation. Lafontaine spekuliert auf Schaden für Deutschland, versucht uns die Schwierigkeiten in die Schuhe zu schieben, die jetzt in der komplizierten Übergangssituation in der DDR entstehen. Schuld daran sind nicht diejenigen, die jetzt die Soziale Marktwirtschaft verwirklichen, sondern diejenigen, die die Menschen 40 Jahre lang um den gerechten Lohn für ihre Arbeit betrogen haben.

Wenn Lafontaine versucht, uns die Schwierigkeiten in die Schuhe zu schieben, so bin ich gespannt, wenn die Währungsunion mit der DDR ein Erfolg wird, ob er die Verantwortung dafür auch dem Bundeskanzler geben wird.

Die SPD geht von einem Bild unserer



Landsleute in der Bundesrepublik aus, das viele Bürger als egoistisch und kalt-herzig darstellt. Darauf bauen sie ihre Wahlkampfstrategie auf. Ich glaube, daß das falsch ist. Ich könnte Ihnen eine sehr lange Liste zeigen, die untermauert, was es an Hilfsbereitschaft, was es an Initiativen in diesem Lande gibt. Allein in der Kath. Kirche wird in jedem Jahr ca. eine Milliarde DM für die Dritte Welt gespendet. Das Deutsche Rote Kreuz kann auf die Hilfe von 380.000 freiwilligen Helfern zurückgreifen, ohne die es seine vielfältigen Aufgaben überhaupt nicht lösen könnte. 90 % der über 2 Millionen hilfs- und pflegebedürftigen Menschen in unserem Lande werden von ihren Angehörigen in den Familien gepflegt, und auch das setzt ein hohes Maß an Einsatz und Verzicht der Pflegenden voraus. Insgesamt sind über 2 Millionen Bundesbürger ehrenamtlich engagiert, sei es bei karitativen oder sozialen Einrichtungen. Diese Bilanz macht eins klar: Die Deutschen sind keine Egoisten, und wir sollten auch nicht zulassen, daß ihnen das eingeredet wird.

Noch vor wenigen Monaten konnte niemand ahnen, daß das Rad der deutschen und europäischen Geschichte sich in diesem Tempo drehen würde. Es macht keinen Sinn, diese Geschwindigkeit zu beklagen. Wir müssen die Herausforderung annehmen und ich finde, wir können mit Selbstbewußtsein und mit Zuversicht sagen: Wenn es eine Partei in Deutschland gibt, die in der Lage ist, derartig schwierige Aufgaben zu lösen, dann ist es die Union. Ich möchte sagen, die Union ist geradezu eine Partei für schwierige Zeiten, eine Partei für historische Stunden, und das sollten wir den Mitbürgern deutlich machen. Denken Sie an die Phase des Aufbaus der Bundesrepublik, denken Sie an das Jahr 1982 mit der großen Finanzkrise.

Nur noch drei Monate trennen uns von der Vereinigung mit der CDU in der DDR. Dies können wir mit gutem Recht als Wiedervereinigung bezeichnen, denn die Christlich Demokratische Union hatte sich damals nicht selbst gespalten, sondern sie ist gespalten worden. Die SED hatte die CDU in der DDR in den Status einer abhängigen Blockpartei gezwungen. Zwar befanden sich vor allem an der Spitze der Ost-CDU zahlreiche Befürworter der SED, doch waren auch viele Menschen Mitglied der dortigen CDU, die sich gerade durch diese Mitgliedschaft von der SED distanzieren wollten. Die Motivation für den Beitritt zur Ost-CDU war daher sehr verschieden und muß individuell beurteilt werden. Wichtig für die heutige CDU der DDR ist, daß sie sich frühzeitig reformiert hat und ein Wahlprogramm der Bevölkerung vorstellen konnte, das eine breite Unterstützung für die Einheit und für den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat gefunden hat.

## Uns eint das christliche Menschenbild

Die Erneuerung der CDU in der DDR kam vor allem von der Basis. Ihr ist die Rückbesinnung auf die Wurzeln christlich-demokratischer Programmatik in der DDR zu verdanken, und diese Erneuerung hat die personellen und inhaltlichen Voraussetzungen für die Wiedervereinigung unserer Parteien geschaffen. Dabei werden die Mitglieder der Ost-CDU nicht nur ihre Erfahrungen mit der Diktatur, sondern auch die Erfahrung eines erfolgreichen Kampfes für die Freiheit in unsere Partei einbringen. Die CDU in Deutschland wird sich dadurch verändern. Ich denke, sie wird noch diskussionsfreudiger, noch lebendiger auch



noch jünger werden, als sie das heute schon ist.

Was uns eint, ist eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Wir stellen den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind die Grundpfeiler dieser Politik. Natürlich ist Freiheit für uns stets durch die Freiheit des anderen begrenzt. Solidarität bedeutet für uns nicht Kollektivismus, sondern persönliche Leistung auch für den anderen. Und Gerechtigkeit bedeutet für uns auch, daß jeder seine Lebensbedingungen durch eigenen Einsatz verbessern und gestalten können muß.

Es sind die aus dem christlichen Menschenbild folgenden Grundwerte der Solidarität und der Gerechtigkeit gewesen, die unsere Entscheidung für eine Wirtschaftsordnung bestimmt haben, die Effizienz und soziale Sicherheit verbindet. Wirtschaft und wirtschaftliche Leistung sind kein Selbstzweck. Nur in einer funktionierenden Wirtschaftsordnung können die Menschen sich die materielle Grundlage eines humanen Daseins erarbeiten, und erst eine effiziente erfolgreiche Wirtschaft gibt uns die Möglichkeit, anderen zu helfen. In diesem Geist sind die großen Sozialgesetze zu Beginn der Bundesrepublik geschaffen worden, und in diesem Geist haben wir auch unsere sozialpolitische Verantwortung in den letzten Jahren seit 1982 wahrgenommen. Wir haben bewiesen: Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wird sich verändern. Sie wird nach ihrer Wiedervereinigung mit der CDU in der DDR schon rein geographisch nördlicher und östlicher werden. Sie wird auf Grund der Situation in der DDR auch protestantischer sein. Aber sie wird weder linker noch rechter sein als es

bisher der Fall war, sondern die große deutsche Volkspartei der Mitte bleiben. Wir sollten uns in dieser Situation von niemanden und von nirgendwoher eine neue Flügel- oder Richtungsdiskussion aufdrängen lassen — in einer Situation, in der uns die anderen Parteien um das Maß an Gemeinsamkeit, Geschlossenheit und Kampfesstärke beneiden — gerade in diesem wichtigen Jahr 1990.

Wir werden unsere Leistungen darstellen. Aber wir kämpfen nicht in erster Linie um Dankbarkeit für das zu erhalten, was wir schon getan haben, sondern wir kämpfen bei den Wahlen in diesem Jahr für ein neues Mandat, um die großen Zukunftsaufgaben in Deutschland und Europa lösen zu können. Wir müssen das Deutschland von morgen schaffen und ich frage Sie: Wann, wenn nicht jetzt und wer, wenn nicht wir. Dies gilt im Innern — wer, wenn nicht wir, wenn nicht die Union — aber das gilt auch für die Deutschen insgesamt. Denn, wenn die Deutschen es nicht schaffen, ist es auch das Ende aller Hoffnungen für die Polen, die Tschechoslowaken und die Ungarn, die unter viel schlechteren Voraussetzungen den Sozialismus überwinden müssen. Deswegen geht unsere Verantwortung in diesem Jahr weit über unsere Verantwortung für unsere deutschen Landsleute hinaus. Sie werden auf uns schauen und deswegen habe ich die herzliche Bitte:

**Lassen Sie uns miteinander alle Kräfte mobilisieren, damit am Ende dieses Jahres eine Mehrheit für die Union bei den gesamtdeutschen Wahlen steht und wir den Kanzler in einem wiedervereinigten Deutschland stellen können, um dann so, wie es zu Beginn der Geschichte der Bundesrepublik der Fall war, die Grundsatzentscheidung treffen und Deutschland in die richtige Richtung bewegen können. Das ist die Aufgabe, die die Union in diesem Jahr bewältigen muß.**



# Hessische Union setzt auf Alfred Dregger

Zu einem eindrucksvollen Zeichen für die Geschlossenheit der hessischen CDU und zugleich für die Entschlossenheit, jedem „Lafontaineismus“ in Deutschland entgegenzutreten, wurde der 75. Landesparteitag der CDU Hessen in Kassel am 30. Juni 1990. Mit der überwältigenden Mehrheit von 352 der 364 abgegebenen Stimmen wurde der Ehrenvorsitzende der Landespartei, CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger, auf Platz 1 der hessischen Landesliste zum Bundestag nominiert. Dregger führt die Liste zum sechsten Male an.

„Ich freue mich auf den Wahlkampf“, bekannte der Fraktionsvorsitzende und warnte zugleich vor Zurückhaltung und „bürgerlicher Betsamkeit“. Wie Dregger griff auch der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Walter Wallmann, die SPD und insbesondere deren Kanzlerkandidaten Lafontaine scharf an. Dieser wolle den Mißerfolg der deutschen Einheit und mit diesem Mißerfolg politische Geschäfte machen. Wallmann: „Das ist meine schwerste Anklage gegen Lafontaine und gegen den Lafontaineismus: Er will den Erfolg der Einheit nicht!“

Zugleich warf Wallmann den Sozialdemokraten vor, sie hätten die von Kurt Schumacher stets angemahnte Herzenswärme im Blick auf die deutsche Einheit der eiskalten und prinzipienlosen Taktik ihres Kandidaten geopfert.

Alfred Dregger erinnerte daran, daß die SPD noch bis kurz vor Öffnung der Mauer in hochrangig besetzten Kommissionen nach ideologischen Gemeinsamkeiten mit der SED gesucht habe, während heute fast alle auf dem „deutschen Dampfer“ säßen. Aber dieser Dampfer

sei nur nicht untergegangen, weil die Union Kurs gehalten habe.

Sowohl Alfred Dregger als auch Walter Wallmann gingen eingehend auf das Verhältnis von Deutschen und Polen ein. Die deutsche Einheit, so beide übereinstimmend, sei ohne die gemeinsame Entschließung von Bundestag und Volkammer nicht zu erreichen. Der Vertrag zwischen Deutschland und Polen aber, so Dregger, dürfe sich nicht auf die Beschreibung des Grenzverlaufs beschränken. Beide CDU-Politiker sprachen sich vielmehr für Freizügigkeit, Niederlassungsrechte, Volksgruppenrechte und für die Einräumung des Heimatrechts für die Vertriebenen aus. Aus dem Grenzvertrag müsse ein Freundschaftsvertrag werden. „Es wäre ein Widersinn, wenn wir in Westeuropa alten historischen Grenzen jede trennende Wirkung nehmen und gleichzeitig zwischen Deutschland und Polen einer neuen unhistorischen Grenze den Charakter einer Teilungsgrenze geben würden“, meinte Dregger, und Wallmann hob hervor: „Menschen müssen in ihrer Muttersprache sprechen und beten dürfen.“

Die Landesliste der hessischen CDU wird von Alfred Dregger angeführt. Ihm folgen die Wiesbadener Bundestagsabgeordnete Hannelore Rönsch sowie die Bundesminister Christian Schwarz-Schilling und Heinz Riesenhuber, Staatssekretär Bernhard Jagoda und der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl. Auf Platz 8 rangiert Bundesfamilienministerin Ursula Lehr. Insgesamt sind auf den ersten 20 Listenplätzen fünf Frauen abgesichert worden. Walter Wallmann dazu: „Bei uns werden engagierte Frauen selbstverständlich berücksichtigt, eine Zwangsquote brauchen wir nicht!“



## Ein Jahr Rot-Grün in Frankfurt:

# Untätigkeit und Versagen

**Mit großen Worten und vollmundigen Versprechungen waren Frankfurts Oberbürgermeister Hauff und seine rot-grüne Mannschaft vor einem Jahr angetreten. Inzwischen haben sich längst Ernüchterung und Enttäuschung breit gemacht, die Unzufriedenheit wächst. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klaffen Riesengaps. Die Bilanz nach 12 Monaten Rot-Grün in Frankfurt: Untätigkeit und Versagen.**

Selbst die linksalternative „taz“ fällt über die bisherigen „Leistungen“ des rot-grünen Magistrats ein vernichtendes Urteil: „Daß sich die schwelenden Konflikte zwischen den Koalitionspartnern SPD und Grüne nicht zu politischen Sprengsätzen entwickeln konnten, lag dabei weniger an der vielbeschworenen ‚neuen politischen Kultur‘, die im Rathaus hätte Einzug halten sollen, sondern an dem stillschweigend von allen Koalitionären akzeptierten Konzept demonstrativer Untätigkeit, frei nach dem Motto: Wer nichts macht, macht auch keine Fehler.“ (taz, 15. Mai 1990)

### OB Hauff: Der Lack ist ab

Oberbürgermeister Hauff hat offensichtlich schon lange das Interesse an der Frankfurter Kommunalpolitik verloren. Er zeigt weder Führungsstärke im Magistrat, noch hat er bislang Zukunftsperspektiven für die Stadt aufzeigen können. Selbst der „Spiegel“ kam nicht umhin festzustellen, daß Hauff in seiner Partei wegen „Entscheidungsschwäche“ und

„Oberflächlichkeit“ kritisiert wird; er „schwimme matt im Brunnen“, „der Glanz sei ab“ (Spiegel, 14. Mai 1990). Das Frankfurter Szeneblatt „Pflasterstrand“ fragt: „Warum nur ist, nach einem Jahr Amtszeit, die Enttäuschung so groß und das Image von Volker Hauff so schlecht?“ „Er ist zu schwach, zu hölzern und man hört zu wenig von ihm, meinen die einen. Er hat keine Ausstrahlung, keine Charisma, ist ohne Leidenschaft, meinen die anderen ... Er paßt nicht zu Frankfurt, auch das hat man schon gehört. Ein blutleerer Zombie, hat man sich selbst schon sagen hören.“ (Pflasterstrand, Juni 1990)

### Rot-grüne Selbstbedienung

Rot-grüne Stellenvermehrung heißt die Devise seit dem 15. Juni 1989. Die „Aktion Selbstbedienung“ fand nicht nur in den Dezernatsbüros statt, auch in den Ämtern und Dezernaten wurde kräftig aufgestockt. Über 900 neue Stellen (!) wurden geschaffen, eine Reihe neuer Ämter sowie ein weiteres Dezernat eingerichtet. Ohne Rücksicht auf fachliche Qualifikation wurde hier eine große Zahl von Sozialdemokraten und Grünen mit Posten versorgt. Diese rot-grüne Selbstbedienungsmentalität kostet den Frankfurter Steuerzahler mehr als 60 Millionen Mark — jährlich!

Was ist aus den vollmundigen Ankündigungen des rot-grünen Magistrats geworden? Wie versprochen, so gebrochen! 4.000 Wohnungen pro Jahr wollte der Hauff-Magistrat bauen. Inzwischen hat man kleinlaut zugeben müssen, daß man



den Mund zu voll genommen hat. 1.500 Wohnungen sollen es jetzt noch sein.

Wie vor 1977 stürzt sich die SPD in finanzielle und politische Abenteuer. Um das Wohnungsbaupersprechen wenigstens noch bruchstückhaft zu retten, soll der erst 1988 eingeweihte moderne Kompaktschlachthof wieder abgerissen werden. An dem geplanten neuen Standort soll die letzte freie Gewerbefläche geopfert werden. Dieses Chaos kostet die Frankfurter mehr als 100 Millionen Mark!

In der Verkehrspolitik „ersetzen symbolische Handlungen eine konkrete, zielgerichtete Politik. Obwohl der Magistrat über keine Konzeption zur Verringerung des innerstädtischen Autoverkehrs verfügt, werden mitten in der Stadt Fahrbahnen mit Hilfe von Blumenkübeln beruhigt“ (FAZ, 23. September 1989). Im U-Bahn-Bau bewegt sich nichts. Statt dessen wollen Hauff und Co. jetzt wieder Straßenbahnen. Dringend benötigte U-Bahn-Wagen wurden beim Hersteller storniert. Kosten: mindestens acht Millionen Mark!

In Wirtschaftsfragen bleiben Entscheidungen, die auch in Zukunft die Rolle der Mainmetropole sichern, aus. Eine Vielzahl von Büroprojekten ist im rot-grünen Dschungel verschollen. Gewerbeflächen werden für Wohnungsbauprojekte geopfert; neue Gewerbeflächen werden nicht erschlossen. „Frankfurts Zukunft steht auf dem Spiel.“ (Frankfurter Neue Presse, 30. September 1989)

Die Sperrgebietsverordnung aus dem Jahre 1988 wird nicht mehr weiterverfolgt, soweit es das Bahnhofsviertel betrifft. Gegen den Rat der Polizei und aller anderen Experten soll ein Teil des Bahnhofsviertels Schmutzzone bleiben, mit all den negativen Folgen, die das dort vorhandene Geflecht von Prostitution, Drogenhandel und Kriminalität mit sich bringt.

Mit erheblichen Summen aus öffentlichen Geldern werden Projekte vorangetrieben, die die grün-alternative Klientel bei Laune halten sollen. Dazu gehören ein „Schwul-Lesbisches Kulturzentrum“ sowie ein neues „grünes Zentrum“, in dem das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, das Frauendezernat, das Frauenreferat und das Drogenreferat untergebracht werden sollen. Im multikulturellen Erdgeschoß sind ein Café, ein internationaler Zeitungs- und Zeitschriftenstand sowie Projektstände vorgesehen. Allein der Ausbau dieser grünen Agitationszentrale kostet den Frankfurter Steuerzahler 13 Millionen DM!

### **Bilanz: Auf der Habenseite nur große Lücken**

„Betrachtet man sich die Politik in Frankfurt ein Jahr nach der Wahl, so sind nach den vollmundigen Erklärungen auf der Habenseite nur große Lücken zu erkennen. Was weit schwerer wiegt: Das Klima in Frankfurt hat sich in den vergangenen Monaten rapide zuungunsten der rot-grünen Koalition verändert. Allenthalben — und selbst bei den Genossen und Grünen — hat Frust um sich gegriffen. Von der anfänglichen Euphorie und Aufbruchsstimmung ist nichts mehr zu spüren. Die Zweifel an der Durchsetzungs- und Führungsfähigkeit Hauffs, dem als SPD-Hoffnungsträger nach Frankfurt geholten Schwaben, mehren sich auch in den eigenen Reihen. Und das in einer Zeit, in der die Finanzmetropole durch neue deutsch-deutsche Weichenstellungen und die Diskussion um Berlin als Hauptstadt an den Rand gedrängt werden könnte und Frankfurt ‚eine starke Hand‘ braucht. Nicht selten fällt dabei der Name Walter Wallmann (CDU), Hauffs Vorvorgänger.“ (Stuttgarter Zeitung, 22. März 1990)



# Deutsche Einheit: Mehr Umweltschutz für alle Deutschen

Am 1. Juli 1990 fiel der Startschuß für die deutsch-deutsche Umweltunion. Jetzt gelten unsere scharfen Umweltvorschriften auch in der DDR. Damit sinken auch bei uns die Schadstoffbelastungen, denn Luft und Wasser haben noch nie innerdeutsche Grenzen gekannt. Bis spätestens zum Jahr 2000 wird das bestehende Umweltgefälle zwischen beiden Teilen Deutschlands auf hohem Niveau ausgeglichen.

» Kein Kraftwerk der DDR besitzt funktionierende Entstaubungs-, Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen. Ergebnis: Jährlich „liefert“ uns die DDR 110 000 Tonnen Schwefeldioxid. Jetzt ist – wie bei uns seit 1982 – die Halbierung des Schwefeldioxid-Ausstoßes möglich. Der Himmel über Deutschland wird sauberer.

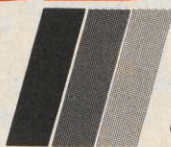
» In der DDR fehlen Kläranlagen. Ergebnis: 90 Prozent aller Schadstoffe in der Elbe stammen aus der DDR. Dadurch wird die Nordsee übermäßig belastet. Jetzt müssen unsere strengen Wasservorschriften beachtet werden – nicht nur die Robben können sich freuen.

» Auch unser Atomgesetz gilt jetzt in der DDR. Ergebnis: Ein zweites Tschernobyl wird es vor unserer Haustür nicht geben – ein großartiger Erfolg unserer Politik der deutschen Einheit.

Die DDR braucht moderne Umweltschutztechnik. Diese erhält sie mit der deutsch-deutschen Umweltunion. Wir wissen: Jede Mark für die Umwelt der DDR zahlt sich für ganz Deutschland aus.

**Übrigens: Experten haben ausgerechnet: Die deutsch-deutsche Umweltunion spart viel Geld. Statt 219 Milliarden DM kostet die umweltpolitische Sanierung der DDR in den nächsten 10 Jahren jetzt 128 Milliarden DM. Die Gründe: Der Strukturwandel der Wirtschaft wird beschleunigt. Umweltschutzrichtungen werden gemeinsam benutzt.**

# CDU



*Die Zukunft*



**Neu!**

Plakat:

## Wir freuen uns auf Deutschland

Das ist die optimistische Aussage unseres neuen Plakats, das Ihnen ab sofort zur Verfügung steht. Ein Satz, der von Herzen kommt! Freude über das wiedererlangte Beisammensein und Hoffnung auf eine glückliche und friedliche Zukunft steht dem jungen Paar unseres neuen Plakates in die Augen geschrieben. Nach Jahrzehnten der Trennung freuen wir uns auf eine gemeinsame Zukunft!

Diese optimistische Feststellung ist auch die Aussage unseres neuen Aufklebers: Wir freuen uns auf Deutschland! Darüber hinaus gibt es den „Renner“ unter den Aufklebern der vergangenen Monate „Wir sind ein Volk“ ab sofort mit dem CDU-Zeichen.



**Wir freuen uns  
auf Deutschland!** **CDU**





**Plakat „Wir freuen uns auf Deutschland“**

DIN A0: Bestell-Nr.: 7286  
 Mindestabnahme: 50 Exemplare  
 Preis pro Mindestabnahme: 62,— DM

DIN A1: Bestell-Nr.: 7287  
 Mindestabnahme: 50 Exemplare  
 Preis pro Mindestabnahme: 38,— DM

**Aufkleber „Wir freuen uns auf Deutschland“**

Bestell-Nr.: 9289  
 Mindestabnahme: 200 Exemplare  
 Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM

**Aufkleber „Wir sind ein Volk – CDU“**

Bestell-Nr.: 9210  
 Mindestabnahme: 200 Exemplare  
 Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM

Bestellungen an:  
 IS-Versandzentrum, Postfach 1328,  
 4804 Versmold

Die Preise verstehen sich zuzügl. MwSt.  
 inkl. Versand.



**Neues Faltblatt:**

**WAS SAGT  
 DIE CDU  
 ZUM THEMA**

**Staatsvertrag  
 mit der DDR**

Bestell-  
 Nummer:  
 2271

**Was sagt die CDU zum Thema „Staatsvertrag mit der DDR“**

In unserer Faltblatt-Serie „Was sagt die CDU zum Thema“ gibt es jetzt ein Faltblatt zum aktuellen Thema „Staatsvertrag“. Wie die anderen Faltblätter behandelt es das Thema in dialogischer Form, d.h. möglichst realistische Fragen, wie sie von den Bürgern tatsächlich im politischen Gespräch gestellt werden, erhalten eine prägnante, verständliche Antwort.

In der Serie sind bereits erschienen:

- „Ausländer“ — Bestell-Nr. 2214
- „Umwelt“ — Bestell-Nr. 2215
- „Renten“ — Bestell-Nr. 2216
- „Drogen“ — Bestell-Nr. 2217

Mindestbestellmenge: je 50 Exemplare  
 Preis je 50 Exemplare: 15,— DM  
 inkl. Versand zuzügl. MwSt.



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Wenn die Schule wieder anfängt

Wir haben unser Poster mit dem freundlichen Appell an den Autofahrer für die Zeit nach den Ferien, wenn die Schulanfänger zum ersten Mal ihren Schulweg gehen, in neuer Gestalt wieder aufgelegt.

Bestellen Sie dieses DIN-A1-Plakat mit den Signalfarben Rot und gelb in unserem Versandzentrum.

**Bestell-Nr.: 7277**  
**Mindestabnahme: 50 Exemplare**  
**Preis pro Verpackungseinheit:**  
**36,— DM**

Bestellungen an:  
**IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold**

# UiD

22/90

Vorsichtig fahren



Kinder sind  
das Größte  
und so klein, daß  
man sie  
leicht übersieht.

**CDU**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.